

ANDREA-CORA WALTHER, ELSA-BRÄNDSTRÖM-STRASSE 66, 46045 OBERHAUSEN

OBERBÜRGERMEISTER DANIEL SCHRANZ

RATHAUS OBERHAUSEN

SCHWARTZSTRASSE 72

46045 OBERHAUSEN

Andrea-Cora Walther

Mitglied im Rat der Stadt

Elsa Brändström Straße 66

46045 Oberhausen

Telefon: +49 (0) 208 / 801054

E-Mail: andrea-cora@stb-cora.de

OBERHAUSEN, 12-12-2018

Antrag gem. § 8 der Geschäftsordnung der Stadt Oberhausen für den Rat der Stadt Oberhausen, die Bezirksvertretung und die Ausschüsse

Hier: „Aktuelle Stunde auf der Sitzung des Rates am 17-Dezember-2018“

Sehr geehrter Oberbürgermeister Daniel Schranz,

ich bitte darum, für die Ratssitzung eine Aussprache vorzusehen zum Thema:
„Seebrücke - Kommunen bauen Brücken - Städte auf dem Weg zum sicheren Hafen“
Auch Oberhausen macht sich auf dem Weg zum sicheren Hafen mit einem Brief an die Bundesregierung mit der Aufforderung mehr Flüchtlinge aufzunehmen und sie den Städten mit den zurzeit ungenutzten Kapazitäten zuzuweisen.

.....

Hintergrund zur Seebrücke

Die Bewegung SEEBRÜCKE hat sich Ende Juni gegründet, als die „Lifeline“ mit 234 Menschen an Bord gelang auf hoher See ausharren musste und in keinem europäischen Hafen anlegen konnte. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits mehrere Städte und Länder angeboten, die Menschen von der „Lifeline“ aufzunehmen.

Doch statt die Solidarität innerhalb der Bevölkerung anzuerkennen, nutzen europäische Politiker*innen wie Seehofer, Salvini und Kurz die Not der Menschen aus, um ihre eigenen Machtkämpfe auszutragen. Sie treten damit internationale Menschenrechte mit Füßen. Das ist unerträglich und widerwärtig.

Aus Empörung über diesen Zustand haben sich einige Aktivist*innen, die seit Jahren ehren- und hauptamtlich in der Geflüchtetenhilfe arbeiten, in einer Messenger-Gruppe organisiert. Daraus erwuchs innerhalb weniger Tage die Bewegung SEEBRÜCKE, der sich deutschlandweit viele Menschen angeschlossen haben. Über 150.000 Menschen sind bis heute im Namen der SEEBRÜCKE auf die Straßen gegangen.

In diesen Minuten, Stunden und Tagen laufen weiterhin Boote von Libyen aus. Viele Menschen werden keine Hilfe erhalten, denn aufgrund der Kriminalisierung von Seenotrettung sind derzeit fast keine Schiffe auf dem Mittelmeer. Das Sterben von Menschen wird damit von Politiker*innen billigend in Kauf genommen. Das ist eine unfassbare humanitäre Katastrophe, die verhindert werden muss.

Wir wollen nicht weniger Rettung, sondern viel, viel mehr!

-
- Seit der Gründung der SEEBRÜCKE im Juli 2018 haben sich viele Städte, Gemeinde, Kommunen und einige Landesregierungen, mit der SEEBRÜCKE solidarisch erklärt und sich gegen die Abschottungspolitik Europas ausgesprochen. Was das jeweils lokal bedeutet und wofür sich genau ausgesprochen wurde, ist jeweils sehr unterschiedlich:

[Bad Lippspringe](#)

- [Berlin](#)
- [Bielefeld](#)
- [Bremen](#)
- [Cloppenburg](#)
- [Erlangen](#)
- [Flensburg](#)
- [Frankfurt](#)
- [Freiburg](#)
- [Greifswald](#)
- [Halle \(Saale\)](#)
- [Hamburg](#)
- [Hannover](#)
- [Heidelberg](#)
- [Hildesheim](#)
- [Hildesheim \(Landkreis\)](#)
- [Kassel](#)
- [Kiel](#)
- [Konstanz](#)
- [Krefeld](#)
- [Lübeck](#)
- [Marburg](#)
- [Oldenburg](#)
- [Osnabrück](#)
- [Potsdam](#)
- [Regensburg](#)
- [Rostock](#)
- [Solingen](#)

Der rot-rot-grüne Senat in Berlin bietet offensiv die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus dem Mittelmeer an. Die Kapazitäten dazu seien vorhanden. Außerdem arbeitet Berlin daran, sich dem Forum der “Solidarity Cities” anzuschließen. Denn auch wenn Migrationspolitik Bundessache ist, so spielt sich das tatsächliche Leben eben in den Städten und Gemeinden ab. Solidarity Cities wollen in Sachen Migrationspolitik mehr Mitspracherecht auf politischer Ebene. Das Leben soll einfacher und weniger angstbehaftet sein. Keine Statusabfrage, Zugang zu kommunalen Dienstleistungen sowie keine Zusammenarbeit bei Abschiebungen lassen sich durchaus als kommunale Richtlinie festlegen.

1. Berlin erklärt sich zum Sicheren Hafen: **X**
2. Berlin will mehr Geflüchtete aus Seenot aufnehmen: **✓**
3. Berlin appelliert an die Bundesregierung sich mehr für die Bekämpfung von Fluchtursachen einzusetzen: **X**
4. Will sich dem Forum solidarischer Städte anschließen: **✓**

5. Brief an die Bundeskanzlerin mit der Aufforderung mehr Geflüchtete aufzunehmen: X
 6. Stadtstaaten bleiben sichere Häfen für Flüchtlinge
 7. Pressemitteilung vom 26.09.2018
 8. Gemeinsame Erklärung der Bürgermeister von Berlin, Bremen und Hamburg:
 9. „Viele Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, riskieren ihr Leben, indem sie gefährliche Routen über das Meer nehmen. Es ist unsere gemeinsame humanitäre Pflicht, alles zu tun, um Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren, Flüchtlingsschiffe in sichere Häfen zu bringen und Flüchtlinge nach den Regeln des europäischen und nationalen Asylrechts in Europa aufzunehmen.
 10. Die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen sind in den letzten Jahren zu sicheren Häfen für über 150.000 Flüchtlinge geworden, die wir mit großer Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger aufnehmen, versorgen und integrieren. Wir werden uns weiterhin engagiert an der Versorgung und Integration von Flüchtlingen beteiligen, die nach den Abkommen und Vereinbarungen der Bundesregierung mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in Deutschland aufgenommen werden.“
 11. **Michael Müller**
Regierender Bürgermeister von Berlin
 12. **Carsten Sieling**
Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen
 13. **Peter Tschentscher**
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
 - 14.
-

Oberbürgermeister Pit Clausen (SPD) unterstützt die Initiative „Sicherer Hafen Bielefeld“ und hat in einem Brief an Bundeskanzlerin Merkel angeboten, über das gesetzlich zugewiesene Kontingent inhaus unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufzunehmen.



Bielefeld setzt humanitäres Signal: Oberbürgermeister Pit Clausen wird Bielefeld heute zum "Sicheren Hafen" für minderjährige Flüchtlinge erklären. | © Christian Weische

Bielefeld Oberbürgermeister will Bielefeld zum "Sicheren Hafen" für minderjährige Geflüchtete erklären

Seenotrettung: Nach Düsseldorf, Köln und Bonn signalisiert auch Bielefeld die Bereitschaft, zukünftig Bootsflüchtlinge aus Italien aufzunehmen - jenseits verpflichtender Quoten. Das hat Oberbürgermeister Pit Clausen in einer Pressekonferenz bekannt geben.



[Joachim Uthmann](#)

21.08.2018 | Stand 22.08.2018, 11:29 Uhr

Bielefeld. Das Leid von aus Seenot geretteten minderjährigen Flüchtlingen lässt Oberbürgermeister Pit Clausen (SPD) nicht unberührt. Er kündigte an, die Initiative "[Sicherer](#)

[Hafen Bielefeld](#)" zu unterstützen und hat an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geschrieben. Die "Aktion Seebrücke Bielefeld" hatte Clausen in einem offenen Brief aufgefordert, ein Zeichen zu setzen und die Stadt zu einem "Sicheren Hafen" zu erklären.

Wie Europa mit dem Elend von Flüchtlingen in Seenot umgeht, hält Clausen für „empörend“ und „inhuman“. In einem Brief an die Kanzlerin bittet er deshalb, dass Betroffenen geholfen wird – und bietet dabei die Unterstützung der Stadt an. Der aktuelle Fall des Küstenwach-Schiffs „Diciotti“, auf dem 177 aus dem Mittelmeer gerettete Flüchtlinge vor Catania (Sizilien) festsitzen, mache ihn betroffen, sagte Clausen und appellierte an die Bundesregierung, für eine schnelle Aufnahme und Verteilung zu sorgen.

Es sei „gerecht und solidarisch“, wenn Deutschland in Seenot geratene Menschen aufnehme, heißt in seinem Brief an Angela Merkel (CDU). Bielefeld sei deshalb bereit, mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufzunehmen als bisher, obwohl es seine gesetzliche Quote bereits übererfüllt habe.

Der OB will damit ein Zeichen setzen, dass deutsche Städte ihren Beitrag leisten wollen. In Bielefeld leben aktuell 220 minderjährige Flüchtlinge. Die Stadt liege damit über der Aufnahmequote von 190. Bisher habe sie dank „eines vorbildlichen Netzes professioneller und ehrenamtlich Engagierter“ deren Aufnahme und Versorgung hervorragend bewältigt.

Viele andere Städte hätten ihre Quote bis heute nicht erfüllt, kritisiert Clausen. Er hoffe, mit seiner Initiative Vorbild für andere zu sein, damit die Seenot-Flüchtlinge in Deutschland verteilt werden können. Allerdings muss der Stadtrat seinen Plan noch absegnen, dort gibt es bereits kritische Stimmen von der Opposition.

Auf Zahlen, wie viele Menschen Bielefeld aufnehmen werde, legt sich der OB nicht fest: „Die Initiative wird aber mehr bringen als das unwürdige Geschacher unter den Regierungschefs“. Er schließt sich mit seinem Brief einer ähnlichen Initiative von rheinischen Bürgermeistern an. „Die europäische Flüchtlingspolitik versagt“, betonte Clausen, bis vor kurzem auch Vorsitzender des NRW-Städtetags, unter dem Eindruck der Bilder von kentern den Booten und ertrinkenden Menschen. Sicher brauche eine europäische Lösung Zeit, „aber wir dürfen die konkrete Gefährdung des Lebens vieler Menschen nicht tatenlos hinnehmen“.

Ähnlich klingen Appelle des UN-Flüchtlingshilfswerks: Die Menschen auf der „Diciotti“ seien Opfer von Menschenhandel und bräuchten dringend Hilfe, hieß es vom UNHCR. Das Recht, Asyl zu beantragen, sei „ein fundamentales Recht, kein Verbrechen“.

Düsseldorf Seenotrettung: Köln, Bonn und Düsseldorf wollen Flüchtlinge aufnehmen

27.07.2018 | Stand 27.07.2018, 10:14 Uhr

Düsseldorf (epd). In einem offenen Schreiben an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) haben die Oberbürgermeister der Städte Bonn, Düsseldorf und Köln der Bundesregierung angeboten, in Not geratene [Flüchtlinge](#) aufzunehmen. Damit wollten sie sich vor allem dafür einsetzen, dass die Seenotrettung im Mittelmeer wieder aufgenommen wird, teilten die Stadtoberhäupter am Donnerstag in einem gemeinsamen Appell mit.

„Wir wollen ein Signal für Humanität, für das Recht auf Asyl und für die Integration Geflüchteter setzen“, erklärten Henriette Reker (Köln, parteilos), Thomas Geisel (Düsseldorf,

SPD) und Ashok Sridharan (Bonn, CDU) in dem Brief. „Wir stimmen mit Ihnen überein, dass es eine europäische Lösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration oder die Rückführung von Geflüchteten geben muss“, heißt es in dem Brief an die Kanzlerin.

Bis eine europäische Lösung mit allen Beteiligten vereinbart sei, sei es jedoch dringend geboten, die Seenotrettung im Mittelmeer wieder zu ermöglichen und die Aufnahme der geretteten Menschen zu sichern. „Unsere Städte können und wollen in Not geratene Flüchtlinge aufnehmen - genauso wie andere Städte und Kommunen in Deutschland es bereits angeboten haben.“

Die „menschliche Katastrophe im Mittelmeer“ habe seit Anfang des Jahres neue erschreckende Ausmaße erreicht. Mehr als 1.400 Menschen seien seitdem an den Grenzen der Europäischen Union gestorben, erklärten die Oberbürgermeister.

Die Situation im Mittelmeer hat sich verschärft, weil die neue italienische Regierung den Schiffen der internationalen Rettungsmissionen das Einlaufen in die Häfen des Landes verweigert hat. Viele Hilfsorganisationen haben ihre Missionen deshalb ausgesetzt.

.....

1. [Solinger Tageblatt Startseite](#)
2. [Solingen](#)
3. **Kurzbach will Schiffbrüchige aufnehmen**

Asyl

Kurzbach will Schiffbrüchige aufnehmen

Aktualisiert: 31.07.18 16:29



[+](#)

Der Solinger Arzt Dr. Christoph Zenses behandelte 2017 schiffbrüchige Flüchtlinge an Bord der „Sea Watch II“.

© Dr. Christoph Zenses

Stadtchef sagt Unterstützung zu. Solingen habe wieder Kapazitäten zur Unterbringung.

Von Anja Kriskofski

Nach seinen Kollegen aus Köln, Düsseldorf und Bonn hat nun auch Oberbürgermeister Tim Kurzbach (SPD) die Bereitschaft bekundet, schiffbrüchige Flüchtlinge in Solingen aufzunehmen. Die Stadtchefs Henriette Reker (Köln), Thomas Geisel (Düsseldorf) und Ashok

Sridharan (Bonn) hatten in der vergangenen Woche einen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel geschrieben. „Was für Köln, Düsseldorf und Bonn gilt, das gilt auch für Solingen“, erklärte Kurzbach am Dienstag in einer Pressemitteilung. Es gebe in der Klingenstadt durchaus wieder Unterbringungskapazitäten.

Der Oberbürgermeister ist derzeit in Urlaub. Er unterstütze die Kundgebung „Seebrücke“, zu der „Bunt statt Braun“ und Amnesty International für Samstag, 4. August, auf dem Fröhof aufrufen, teilte er mit: „Dass man Schiffbrüchige nicht ertrinken lässt, ist eine Selbstverständlichkeit.“ Es sei ein Unding, dass Helfer im Mittelmeer von bestimmten politischen Kräften zu Kriminellen gestempelt würden, kritisierte Kurzbach: „Seenotrettung muss möglich sein, unsere Menschlichkeit steht auf dem Spiel.“ Der OB verwies auch auf die Verleihung des Solinger [Zivilcouragepreises „Silberner Schuh“ an Dr. Christoph Zenses](#): Der Mediziner war auf einem [Seenot-Rettungsboot der Hilfsorganisation Sea Watch](#) im Mittelmeer im Einsatz und wird am Samstag von seinen Erfahrungen berichten. „Mehr als 13 000 Flüchtlinge sind seit 2015 im Mittelmeer ertrunken. Es darf einfach nicht sein, dass die Helfer kriminalisiert werden“, sagte der Ohligser Arzt.

Solingen habe mit einer Aufnahmequote von 95 Prozent seine Pflichten schon sehr gut erfüllt, erklärte Kurzbach. „Sollte es nötig werden, dass Deutschland Schiffbrüchige aufnimmt, werden die Solinger auch ihnen Herzen und Türen öffnen. Darauf vertraue ich.“ Allein 2015 habe die Klingenstadt über 1300 Menschen aufgenommen: Dank der Anstrengungen der Verwaltung und des ehrenamtlichen Engagements komme die Integration der Menschen gut voran.

3567 Menschen, die als Flüchtlinge kamen, leben in der Stadt

Diese Zahlen hat die Stadtverwaltung zum 1. Juli erhoben:

3567 Geflüchtete mit unterschiedlichem Status leben derzeit in Solingen. 2102 von ihnen sind anerkannt und damit aufenthaltsberechtigt. Bei 553 Menschen läuft das Asylverfahren noch. Hinzu kommen 364 Flüchtlinge mit einer Duldung: Ihre Abschiebung ist vorübergehend ausgesetzt. Außerdem leben 72 unbegleitete Minderjährige in der Klingenstadt, die in Familien oder Einrichtungen untergebracht sind. 548 Menschen haben einen unbefristeten Aufenthaltstitel: Sie seien einst als Flüchtlinge gekommen und lebten zum Teil seit vielen Jahren hier, teilt die Stadt mit.

2017 wurden 119 Geflüchtete zugewiesen, 87 Familienmitglieder zogen nach. In diesem gab es bislang 240 Zuweisungen, darunter elf Familiennachzüge und 19 Menschen mit dem Status der Duldung.

Die Stadt nennt auch Zahlen zu freiwilligen Ausreisen und Abschiebungen: In diesem Jahr verließen bislang 17 Solinger Flüchtlinge von sich aus Deutschland, 30 wurden in ihre Heimatländer abgeschoben. 2017 gab es 87 freiwillige Ausreisen (2016: 183) und 36 Abschiebungen (2016: 47).

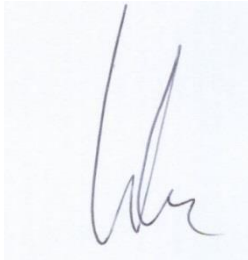
Oberbürgermeister Tim Kurzbach weist zudem auf die [Vermittlungsquoten des Solinger Jobcenters](#) in den Arbeitsmarkt. Diese seien überdurchschnittlich. 2017 hätten 195 Geflüchtete eine sozialversicherungspflichtige Arbeit aufgenommen. Damit habe das Jobcenter Solingen das mit dem Land für 2017 vereinbarte Ziel von 73 Vermittlungen weit übertroffen. In diesem Jahr sind es laut Rathaus bislang 106 Menschen, die eine sozialversicherungspflichtige Stelle angenommen haben. Weitere 39 sind geringfügig beschäftigt, das heißt, sie haben einen Minijob. Zwei Menschen sollen zudem demnächst eine Ausbildung beginnen.

.....

.....

Etliche weitere Beispiele finden sich auf der Seite der Seebrücke
<https://seebruecke.org/>

Mit freundlichen Grüßen
(Mit jedweder Veröffentlichung immer gerne einverstanden)

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'A. Walther', on a light blue background.

Andrea-Cora Walther
Mitglied im Rat der Stadt Oberhausen